Christlich-Demokratische Union

- Fraktion im Rat der Stadt Telgte -

Herrn
Bürgermeister
Wolfgang Pieper
Baßfeld 4-6

48291 Telgte

mit der Bitte um Weiterleitung an

Frau Karin Horstmann - Freie Demokratische Partei
Frau Sabine Grohnert - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herrn Klaus Resnischek - Sozialdemokratische Partei Deutschlands 14. Sept. 2012

Antrag gem. § 3 GeschO der Geschäftsordnung für die Sitzung des Rates der Stadt Telgte am 27.09.2012

Sehr geehrter Herr Pieper,

wir bitten Sie, folgenden Tagesordnungspunkt in die Sitzung des Rates am 27.09.2012 wegen besonderer Dringlichkeit aufzunehmen.

- **Resolution zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2013**

Begründung:

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat am 28.08.2012 die erste Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 vorgelegt. Die Auswirkungen für die Stadt Telgte sind erheblich und bedeuten eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen für das Jahr 2013 um 2,5 Mio. EUR. Die strukturellen Änderungen des GFG durch die rot-grüne Landesregierung seit Ende 2010 bedeuten für die Stadt Telgte und für viele kreisangehörige Kommunen im ländlichen Raum eine gravierende Benachteiligung. Dadurch werden die Entwicklungschancen unserer Stadt deutlich beeinträchtigt.

Der Städte- und Gemeindebund hat in seinem Positionspapier vom 05.09.2012 den sachlichen Nachweis geführt, dass diese gravierende Schlechterstellung ländlicher Kommunen sozial unausgewogen und sachlich unbegründet ist. Auf dieses Papier wird ausdrücklich Bezug genommen.

Der Rat möge beschließen:

Auf Grundlage der Ausführung des Städte- und Gemeindebundes beschließt der Rat der Stadt Telgte beigefügte Resolution, die sich an die Ministerpräsidentin Kraft und an den zuständigen Minister des Inneren, Jäger richtet.

Christoph Boge

Resolution des Rates der Stadt Telgte

Vor dem Hintergrund, dass die 1. Modellrechnung zum GFG 2013 Kürzungen im Bereich der Schlüsselzuweisung in Höhe von 2,5 Mio. Euro für die Stadt Telgte zur Konsequenz hat, richtet der Rat der Stadt Telgte folgende Resolution an die Landesregierung Nordrhein-Westfalen:

- 1.** Der Rat der Stadt Telgte stellt fest, dass das Land innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs deutlich geringere Zuweisungen pro Einwohner in den kreisangehörigen Raum lenkt als in den kreisfreien Raum. Bereits bestehende Nachteile der kreisangehörigen Kommunen bei der realen Steuerkraft werden auf diese Weise noch einmal verstärkt. Insgesamt muss die Stadt Telgte als Kommune des kreisangehörigen Raums die Bereitstellung öffentlicher Leistungen mit deutlich geringeren Ressourcen pro Kopf bewerkstelligen als die kreisfreien Städte.
- 2.** Der Rat der Stadt Telgte fordert deshalb strukturelle Veränderungen mit dem Ziel der Herstellung interkommunaler Verteilungsgerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich. Die Bevorzugung der Großstädte durch eine größenabhängige Staffelung des Hauptansatzes zur Ermittlung des Bedarfs einerseits und auf der anderen Seite die Anwendung einheitlicher fiktiver Realsteuerhebesätze zur Ermittlung der Steuerkraft muss beendet werden. Außerdem sind die Gewichtung und die Parameter zur Berechnung des Soziallastenansatzes dringend überprüfungsbedürftig.
- 3.** Der Rat der Stadt Telgte begrüßt in diesem Zusammenhang die Vergabe des Gutachtens zur Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW, mit dem zentrale Forderungen des StGB NRW gutachterlich überprüft werden. Es fordert die Landesregierung und den Landtag auf, die Ergebnisse des Gutachtens möglichst frühzeitig und ergebnisoffen mit den kommunalen Spitzenverbänden zu diskutieren.
- 4.** Der Rat der Stadt Telgte fordert die gleichberechtigte Teilhabe der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an Fördermitteln außerhalb des GFG. Über eine quotale Aufteilung ist sicherzustellen, dass die Pro-Kopf-Förderung im kreisfreien und kreisangehörigen Raum grundsätzlich identisch ist.

Der Rat der Stadt Telgte fordert die Landesregierung auf, auf Basis der genannten Aspekte auf, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 zu überarbeiten.